



# Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Eendenich und Weststadt

März 1989

## Eendenicher Brunnen zunächst nur unterirdisch **Wer spendet für den Brunnen?**

Der geplante Brunnen in Eendenich kann zunächst nur unterirdisch bewundert werden. Im Zuge der Großbaumaßnahmen im Bereich der Fron- und Pastoratsgasse werden zwar schon die dafür benötigten Rohrzuleitungen installiert, auf den oberirdischen Anblick wird man noch warten dürfen.



*Wie es später aussehen wird, wissen nur wenige*

Der Grund: Im Stadtsäckel soll kein Geld mehr für den Anblick sprudelnden Wassers vorhanden sein. Beinahe verständlich, denn für die zweite Eendenicher Attraktion, die im Bau befindliche Müllverbrennungsanlage, müssen immerhin 250 Millionen Mark berappt werden. Sponsoren sind gefragt.

### **Karl Simrock- Hauptschule führt Ganztagsbetrieb ein**

Mit Beginn des neuen Schuljahres wird die Karl-Simrock-Hauptschule den Ganztagsbetrieb einführen.

Der Regierungspräsident hat dazu Mitte Februar die Genehmigung erteilt, nachdem die Schulleitung das notwendige

Auf starke Kritik seitens der Eendenicher Anlieger im Bereich der Straßenbaustelle stößt insbesondere die mangelnde Informationspolitik seitens der verantwortlichen städtischen Stellen. Nur wenige Eingeweihte wissen wirklich, wie der Eendenicher Ortskern am Ende dieser Baumaßnahmen aussehen wird.

pädagogische Konzept erarbeitet hatte. Die Stadtverwaltung ist nun aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die erforderlichen Umbauten zur Schaffung von zusätzlichen Räumen (Küche, Eßbereich, Aufenthaltsraum) in Angriff genommen werden.



## **Übrigens:**

### *Der falsche Cäsar*

*Jetzt ist es endlich soweit. Die Städtepartnerschaft Bonn-Potsdam ist besiegelt. Passend im Jubeljahr "Bonn ist 2.000".*

*Unser Oberbürgermeister Hans Daniels, prächtig geschminkt und mit gleißend schimmernder Stadtkette, war an besagtem Tage der Vertragsunterzeichnung durch die Medien in allen Wohnstuben flimmernd zu bestaunen.*

*Kein Wort verlor sich über Negatives. Kein Satz einer Entschuldigung des Oberbürgermeisters für den Vergleich des DDR-Staates mit dem rassistischen Regime in Südafrika, an dem die Städtepartnerschaft beinahe zerbrach, war mehr zu vernehmen.*

*Kein Satz über die Vermittlerrolle der Bonner SPD, die letztendlich durch ihr Verhandlungsgeschick die Städtepartnerschaft noch zustande brachte.*

*Ehre, wem Ehre gebührt.*

# Die alte Endericher Turnhalle soll zum Bürgerhaus umgebaut werden

Enderich hat zahlreiche Vereine und Organisationen, die zu einem lebendigen Ortsleben beitragen. Mit Ausnahme einer Gaststätte stehen den vielfältigen Aktivitäten der Verbände jedoch keine geeigneten Räume zur Verfügung. Die zeitweilige Nutzung der Josef-Strunck Sporthalle kann nur eine provisorische Lösung für die Durchführung von Veranstaltungen sein. Jetzt müssen endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden.

Die Endericher SPD-Stadtverordneten Dieter Witte und Horst Bachmann haben deshalb erneut den Ausbau der alten Turnhalle in der Frongasse zum Vereins- und Bürgerhaus beantragt.

Seit Jahren wird die unter Denkmalschutz stehende alte Turnhalle in der Frongasse nicht mehr genutzt. Um dieses Gebäude einer sinnvollen Nutzung zuzuführen und vor dem fortschreitenden Verfall zu schützen, schlugen die beiden SPD-Stadtverordneten den Ausbau zum Vereins- und Bürgerhaus vor.

Mit den Vertretern der Vereine und den Besitzern der örtlichen Gastronomie ist

schon vor Jahren Einigkeit über dieses Vorhaben erzielt worden.

Mit dem Ausbau der alten Turnhalle für Veranstaltungen aller Größenordnungen bis zu 250 Personen wäre den Bedürfnissen der Vereine ausreichend Rechnung getragen.

## Letzte Meldung:

In der Sitzung der Bezirksvertretung wurde der erneute Antrag der SPD, die alte Turnhalle zum Bürger- und Vereinshaus auszubauen, von der CDU-Mehrheit abgelehnt.

# Was halten Endericher Bürger von der Gesundheitsreform?

"Sozialpolitisches Machwerk" nennt die Geschäftsführerin der SPD, Anke Fuchs, die Gesundheitsreform der Regierung Kohl. Bei immer mehr Selbstbeteiligung wird immer weniger Leistung geboten. Die Strukturen in Krankenhäusern und Krankenkassen bleiben unverändert; die "Solidarabgabe" der Pharmaindustrie ist unter den Tisch gefallen.

Die Juso-AG Bonn-West fragte sich, ob die Endericher Bürger diese Einschätzung teilen, und befragte sie deshalb zu diesem Thema. Die meisten der Befragten waren sich darüber einig, daß eine Reform des Gesundheitswesens nötig war. In der Art, wie sie jetzt als Gesetz vorliegt, fand die Reform dagegen keine Zustimmung. Es werden Leistungseinschränkungen befürchtet, so daß man sich zum Beispiel wieder an den Anblick "zahnloser Münder" gewöhnen muß. Die Befragten fänden es besser, wenn man beispielsweise den "Blanko-Scheck" für den Arzt abschaffen, die Selbstverantwortung des Patienten stärken und die hohen Krankenhauskosten senken würde.

Einige der Befragten hatten noch keine Erfahrungen mit der Gesundheitsreform

gemacht und keine Vorstellung davon, wen diese Reform eigentlich trifft. Das Bedürfnis nach mehr Information wurde deutlich. Das Thema wird also auch in Zukunft aktuell bleiben.



Die Alternativen, die die SPD der sogenannten Gesundheitsreform entgegenzusetzen hat, sind:

- Ausbau der Gesundheitsvorsorge und der Krankheitsfrüherkennung

# Kommt Polizeiposten nach Enderich?

Die Einrichtung eines Polizeipostens in Enderich wird vom SPD-Stadtverordneten Dieter Witte schon seit Jahren gefordert. Dies ist auch das Ansinnen vieler Endericher Bürger, die bei Hilfe lange Wege bis zur nächsten Polizeidienststelle in Kauf nehmen müssen, sei es nach Duisdorf oder zur Wache an der Bornheimer Straße. Obwohl die Bezirksvertretung Bonn einen entsprechenden SPD-Antrag befürwortet hatte, ist dieses Anliegen bis heute nicht realisiert worden. Grund des Übels ist die ablehnende Haltung des Bonner Polizeipräsidenten.

Dieter Witte hat deshalb den NRW-Innenminister Herbert Schnoor zu einer Ortsbesichtigung nach Enderich eingeladen. Die Endericher SPD geht davon aus, daß Innenminister Herbert Schnoor im Interesse einer bürgernahen Polizei die Einrichtung eines Polizeipostens in Enderich befürwortet.

- Stärkung der Position der Krankenkassen und ihrer Verbände, so daß die Interessen der Versicherten besser wahrgenommen werden.

- Gleiche rechtliche Bedingungen aller Krankenkassen und Gleichstellung aller Arbeitnehmer in der Krankenversicherung

- Die Krankenversicherung soll finanzierbar bleiben; jeder soll unabhängig von seinem Geldbeutel auf eine vernünftige gesundheitliche Versorgung vertrauen können.

## VERBRAUCHERTIP

### Schlüssel im Handschuhfach -kein Versicherungsschutz

Auch wenn ein teilkaskoversichertes Fahrzeug zunächst vom Dieb aufgebrochen, dann aber mit einem Originalschlüssel, den der Halter im unverschlossenen Handschuhfach zurückgelassen hat, in Gang gesetzt und entwendet wird, liegt kein gedeckter Teilkaskoschaden vor. Denn das Zurücklassen des Schlüssels im Handschuhfach begründet den Vorwurf der groben Fahrlässigkeit. Also: Schlüssel nicht im Fahrzeug verstecken.

# Ihre SPD-Kandidaten für die Kommunalwahl



## Eva Günther-Berger

Ich bin 37 Jahre alt und verheiratet. Aufgewachsen bin ich in Stuttgart, wo ich das neusprachliche Gymnasium besuchte. Nach dem Abitur studierte ich Volkswirtschaft an der Universität Berlin und absolvierte im Anschluß daran ein Aufbaustudium mit der Fachrichtung Stadt- und Regionalplanung in München.

Beruflich war ich zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin für ein internationales Institut in den Niederlanden tätig. Seit 1985 bin ich im Bundesministerium für Wirtschaft angestellt, gegenwärtig jedoch als Referentin bei der SPD-Bundestagsfraktion freigestellt. Dort bin ich für die Bereiche Verbraucherschutz und Fremdenverkehr zuständig.

In meiner politischen Tätigkeit in Bonn habe ich den Schwerpunkt auf Umweltschutz und Frauenpolitik gelegt. Besonders im Umweltbereich haben wir im Endenicher Ortsgebiet viele Aktionen durchgeführt.

Ich bin der Auffassung, daß ich als Stadträtin bessere Möglichkeiten habe, diese wichtigen Anliegen durchzusetzen. Ich werde mich für die Verbesserung der Wohnqualität engagieren. Der Bau preisgünstigen Wohnraums soll die Bonner Wohnungsnot beseitigen. Erforderlich sind Maßnahmen der Verkehrsberuhigung, eine gezielte Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie ein fahrrad- und fußgängerfreundliches Verkehrskonzept. Auch bei der Stadtbegrünung bleibt noch viel zu tun. Das Meßdorfer Feld muß erhalten bleiben. Unumgänglich ist zudem eine konsequente Politik der Müllvermeidung und der Wiederverwertung von Altstoffen.

Für die Frauen müssen Einrichtungen zur Kinderbetreuung geschaffen werden, die Chancen von Frauen im Berufsleben verbessert werden. Den älteren Menschen muß eine entsprechende Hilfestellung gegeben werden.



## Dieter Witte

Ich bin 49 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Kindern. Für den Wahlkreis Alt-Endenich bin ich als Kandidat nominiert worden. Beruflich bin ich als Regierungsdirektor im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung tätig. Seit 1964 vertrete ich die SPD im Bonner Stadtrat sowie als Obmann der Fraktion im Stadtwerkeausschuß. Hier stehen hauptsächlich Fragen des öffentlichen Personennahverkehrs und die kommunale Energieversorgung auf dem Programm. Im Herbst wurde ich auf Platz eins der SPD-Reserveliste gewählt und bin somit im Spitzentrio der Bonner SPD.

In meiner kommunalpolitischen Arbeit packe ich schwerpunktmäßig die Umwelt- und Sozialprobleme an. Das bedeutet: Reduzierung gesundheitsgefährdender Immissionen; unser Trinkwasser auch in Zukunft trinkbar machen. Die hohe Arbeitslosigkeit in Bonn muß durch geeignete kommunale Beschäftigungsprogramme gesenkt werden. Gerade im Umweltbereich müssen Stellen geschaffen werden. Einen weiteren Schwerpunkt in meiner Arbeit sehe ich in der Verbesserung des Bus- und Bahnangebotes. Hier muß ein preiswertes und übersichtliches Tarifsystem eingeführt werden. Über Ampelvorrangschaltungen und getrennte Fahrbahnen soll Bus und Bahn Priorität im Verkehr eingeräumt werden.

In meinem Wahlkreis werde ich mich besonders für den Ausbau des Ortszentrums, die Verkehrsberuhigung durch Umleitung des Durchgangsverkehrs und für die Einrichtung eines Bürgerhauses in Endenich einsetzen. Den Vereinen und Verbänden in unserem Ortsgebiet soll endlich Gelegenheit gegeben werden, ihre attraktiven Veranstaltungen in entsprechenden Räumlichkeiten abzuhalten. Als Bürgerhaus bietet sich die alte



## Gisela Haas

Als Arbeiterkind wurde ich 1934 in Remscheid geboren. Nach dem abgebrochenen Besuch des Lyzeums erlernte ich den Beruf einer Krankenschwester. Diesen gab ich auf, als ich im Jahre 1956 heiratete. In den folgenden Jahren widmete ich mich ausschließlich der Erziehung meiner acht Kinder und ab 1970 der Pflege meines schwerkranken Mannes bis zu seinem Tode.

Nachdem ich 1978 in die SPD eingetreten war, gehörte ich schon bald dem Vorstand meines Ortsvereins an und kümmerte mich vorwiegend um die Mitgliederbetreuung.

Seit 1957 wohne ich in Endenich. Soweit es mir möglich war, habe ich am Leben der Orts- und Kirchengemeinde aktiv teilgenommen. Aus diesem Grund habe ich mich zur Kandidatur für die Bezirksvertretung entschlossen, deren SPD-Fraktion ich seit 1985 berate.

Die Schwerpunkte meiner künftigen Tätigkeit sind Verkehrspolitik, wobei ich besonders auf die Schulwegsicherung achten werde. Im Bereich Umweltschutz werde ich mich besonders um die Müllvermeidung und für umweltbewußtes Verhalten einsetzen. Ein weiterer Schwerpunkt wird für mich die Wohnumfeldverbesserung und die attraktive Gestaltung des Endenicher Ortskerns sein. Es erscheint mir sehr wichtig, daß gerade in einem natürlich gewachsenen Ortsteil wie Endenich Begegnungsstätten für alle geschaffen werden.

Turnhalle an der Frongasse geradezu an. Über die Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten soll Endenich als Subzentrum gestärkt werden, damit Endenich auch weiterhin eine erste Adresse beim Einkaufen bleibt.

Ein persönlicher Brief:

## Initiative "Ärzte gegen den Atomkrieg"

Über die Einladung, in einem Artikel von den "Ärzten gegen den Atomkrieg (IPPNW) zu berichten, habe ich mich gefreut. Die Abkürzung IPPNW steht für den englischen Titel "International Physicians for the Prevention of Nuclear War". Diese Organisation ist ein weltweiter Zusammenschluß von 62 nationalen Sektionen.

Die bundesdeutsche Sektion hat knapp 8.000 Mitglieder. Dies ist im Verhältnis zu den fast 200.000 Ärztinnen und Ärzten eine relativ kleine Zahl. Aber durch ihr öffentliches Eintreten gegen alle Maßnahmen, die der Vorbereitung eines Atomkrieges dienen könnten, haben sie große Aufmerksamkeit erhalten. Einen Höhepunkt der Anerkennung stellte die Verleihung des Friedensnobelpreises 1985 dar. Der amerikanische und der ehemalige sowjetische Co-Präsident, Prof. Lown und Prof. Tschasov nahmen den Preis entgegen. Sie sind beide bekannte Kardiologen. E. Tschasov ist heute sowjetischer Gesundheitsminister.

Woraus besteht nun der Beitrag der IPPNW? Vor allem hat sie seit ihrem Bestehen die konkreten Folgen eines Atomkriegs für die medizinische Versorgung bekannt gemacht. In der Öffentlichkeit hat die Diskussion um die sogenannte "Triage" Aufmerksamkeit erregt. Es handelt sich um ein Sortierverfahren von Verletzten, mit dem nach Meinung prominenter Wehrmediziner beim "Massenanfall von Verwundeten" noch Medizin machbar sein soll. In der Praxis bedeutet dies: Opfer werden ausgesondert und - je nach Lage - vor allem sich selbst zum Sterben überlassen.

Heute verfügen die militärischen Machtblöcke über ein solches Vernichtungspo-

tential, daß auch die modernen leistungsfähigen Einrichtungen des Gesundheitswesens in einem Atomkrieg keine wirkliche Hilfe bieten können. Der größte Teil des medizinischen Personals wäre tot oder verletzt, die meisten Gebäude wären zerstört, die verbliebenen Kapazitäten wären zur Behandlung von hunderttausend oder gar Millionen von Verletzten überfordert.

Zudem gibt es für Opfer von radioaktiver Strahlung keine wirksame Hilfe. Wenn die Ärzte also dennoch den "Massenanfall von Verletzten" üben sollen, wie es gesetzlich vorgeschrieben werden soll, dann, so das Argument der IPPNW, wird das keinem nach einem Atomkrieg mehr helfen können. Es kann nur dazu beitragen, daß die Bevölkerung sich auch für den Krieg halbwegs abgesichert wähnt und Rüstungsobjekten und aggressiver Politik zustimmt.

Hier, so die IPPNW, hilft nur Vorbeugung. Und das bedeutet alles zu tun, damit die Menschen eben nicht weiterer Aufrüstung mit weiter steigendem Kriegsrisiko zustimmen. Im Klartext verweigern die IPPNW-Ärzte deswegen die Fortbildung in Katastrophenmedizin.

In Bonn arbeitet seit etwa zwei Jahren eine IPPNW-Gruppe von ca. 30 Ärzten.  
Dr. med. Martin Zywiets

## Private Kleinanzeigen

Paar (39/37), beide im öffentl. Dienst, sucht zentralgelegene Wohnung (4-5 Zimmer) mit Balkon/Garten per sofort oder später (bis DM 1.500,- warm) Freundliche Angebote erbeten an:  
Tel.: 501-220 tagsüber;  
Tel.: 21 27 98 abends

Studentin, 20, sucht zum Semesterbeginn im April Zimmer oder kleine Wohnung bis DM 400,- warm.  
Angebote an Esther Schulte, Tinsdähler Kirchenweg 237, 2000 Hamburg 56 oder an die Redaktion.

Junger Mann sucht Wohnung oder Appartement in Endenich oder Umgebung bis DM 450,- warm.  
Jürgen Both, Endenicher Str. 296, 5300 Bonn 1, Tel.: 61 18 41 oder 36 32 72

Junges Paar sucht kleine Wohnung (ca. 50qm) bis DM 500,- incl. Angebote an Peter Braun, Monschauer Str. 4, 5300 Bonn 1 oder an die Redaktion.

## Neue Mannschaft im SPD-Ortsverein Bonn-West

Bei der letzten Wahl im Endenicher Ortsverein gab es personelle Veränderungen. Neuer Ortsvereinsvorsitzender ist jetzt Stefan Holthaus, Frongasse 20a, Tel.: 61 63 09  
Neuer Geschäftsführer wurde Frank Exner, Colmantstraße 24, Tel.: 65 85 19



Erscheinungsweg:  
Viermal jährlich

Auflage: 7.000  
Druck: Eigenruck

Herausgeber:  
SPD Stadtratsfraktion in  
Zusammenarbeit mit dem  
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:  
Klaus Stöppler (verantwortl.)  
Eva Günther-Berger, Klaus  
Haak, Gisela Haas, Ute Kiltz

Redaktionsanschrift:

ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler  
Weberstraße 55 5300 Bonn 1  
Telefon: 22 51 56